

Frieden in weiter Ferne

Nachdem der Oberste Gerichtshof eine einstweilige Verfügung gegen die Unterzeichnung eines *Memo-randum of Agreement on Ancestral Domain* (MOA-AD) zwischen Regierung und *Moro Islamic Liberation Front* (MILF) verfügt hat, ist die Fortsetzung des Friedensprozesses in Mindanao in weite Ferne gerückt. Das MOA-AD hätte am 5. August 2008 in Kuala Lumpur unterzeichnet werden sollen. In Folge der Nichtunterzeichnung brachen in Lanao und Teilen von Maguindanao Kampfhandlungen aus. Insbesondere die Regierung hat durch die Nichtunterzeichnung bei Rebellen und Friedensaktivisten/innen massiv an Glaubwürdigkeit verloren.

Angriffe auf Zivilisten durch die MILF-Kommandanten Umbra Kato und Abdurahman Macapaar alias Kommandant »Bravo« haben die Konfliktsituation verschärft. Während die MILF-Führung eine unabhängige Untersuchung der Vorfälle fordert, hat die Regierung die Jagd auf Kato und Bravo ausgerufen und ein Kopfgeld von insgesamt 25 Millionen Pesos ausgesetzt. 75.000 Familien mussten seit Anfang August 2008 aufgrund von Kampfhandlungen in Flüchtlingslager umsiedeln. Ende August befanden sich dort noch etwa 34.000 Familien. Sie sind auf Hilfe von internationalen und nationalen Organisationen angewiesen.

Die genannten Angriffe der MILF, jedoch auch die Reaktionen der Regierung, trafen bei Friedensaktivist/innen und Beobachter/innen auf großes Unverständnis. So wurden seitens der Regierung 13.000 Gewehre an Bürgerwehren ausgegeben, die Neugründung der berüchtigten christlich-fundamentalistischen Ilaga-Miliz geduldet, das mit den Friedensverhandlungen beauftragte Gremium (*Peace Panel*) aufgelöst und das MOA-AD für irrelevant und akademisch erklärt. Die Regierung fordert nun eine vollständige Entwaffnung der MILF als Voraussetzung für weitere Friedensgespräche. Die MILF lehnt dies mit der Begründung ab, dass sich vorher darauf geeinigt worden war, die Waffen erst nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages abzulegen.

Darüber hinaus gibt es Gerüchte, dass US-Truppen mit Aufklärungsarbeit und strategischer Beratung an den Kämpfen gegen Kato und Bravo beteiligt sind. Aufgrund der Schnelligkeit der aktuellen Entwicklungen bleibt abzuwarten, ob die Situation in einen vollen Krieg gegen die MILF eskaliert – bisher waren drei von siebzehn Regionalkommandos der MILF in Kampfhandlungen verwickelt.

vgl. philippinenbüro e.V.: Phil. Star, 9.9.08; Asia Times 6.9.08; PDI 29.8.08, 7.9.08; GMA News TV, 9.9.08; Minda-news

100.000 Filipinos von neuen EU-Gesetzen betroffen

An die 100.000 Filipin@s, die in der EU leben und arbeiten, werden aller Voraussicht nach von der neuen Zuwanderungsregel betroffen sein, welche die Ausweisung von illegalen Migrant/innen, die sich in den 27 Staaten der EU aufhalten, vorsieht. Es leben circa zwölf Millionen undokumentierte

Migrant/innen in Europa. Die meisten von Ihnen kommen aus Lateinamerika, China, der Ukraine und den Philippinen. Laut Statistiken der philippinischen Regierung leben an die 124.000 Filipin@s ohne Papiere in Europa.

vgl. GMA News 21.6.08

Proteste gegen Freihandelsabkommen

In den Philippinen mehren sich die Proteste gegen das geplante Freihandelsabkommen (EU-ASEAN-FTA) zwischen der Europäischen Union und der ASEAN.

So befürchtet beispielsweise die Organisation Kilusang Manggisingda (KM), eine Koalition von 14 Fischerverbänden, dass mit dem FTA der Ausbeutung der marinen Ressourcen durch die EU Tür und Tor geöffnet wird. Der Vorsitzende von KM, Bonifacio Federizo, warnte davor, dass ohne gemeinsame, für alle Mitglieder der ASEAN verbindliche Fischereireichtlinien, Fischereiflotten aus der EU die Gewässer der ASEAN praktisch ohne Beschränkungen nutzen könnten. Diese gehe auf das Paritätsprinzip zurück, das den Rahmen des Freihandelsabkommen bildet und der EU die gleichen Rechte einräumt, die auch anderen Staaten gewährt werden. Wenn die Philippinen mit Japan einen Vertrag geschlossen haben, der japanischen Schiffen den Zugang zu philippinischen Fischereigewässern gewährt, müsste die EU laut den Rahmenvereinbarungen des FTA genau den selben Zugang erhalten.

Die KM fordert daher die Regierungen der ASEAN auf, die Rahmenbedingungen des Abkommens zurückzuweisen. Andere zivilgesellschaftliche Organisationen in den Philippinen unterstützen diese Forderung.

vgl. PDI 26.6.08

OPCAT Ratifizierung eingefroren?

Der Ratifizierungsprozess des *Optional Protocol on the Convention Against Torture* (OPCAT) steht still. Die philippinische Präsidentin hatte das Zusatzprotokoll nach der Untersuchung der Philippinen im UN Menschenrechtsrat im Frühjahr 2008 unterzeichnet. Das Komitee für Außenpolitik des Senats muss nun OPCAT ebenfalls ratifizieren, bevor es in Kraft treten kann. Im Mai 2008 warfen philippinische Menschenrechtsorganisationen dem Außenministerium vor, das Senatskomitee angewiesen zu haben den Ratifizierungsprozess einzufrieren. Bis Anfang September war OPCAT nicht vom Senat ratifiziert und nur eine nachrangige Priorität im Arbeitsplan des Komitees eingeräumt worden. Zielsetzung des OPCAT ist die Verhütung von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe. Dies soll durch ein System regelmäßiger Besuche durch unabhängige internationale und nationale Institutionen an allen Orten, an denen Personen die Freiheit entzogen ist, gewährleistet werden.

vgl. Task Force Detainees of the Philippines, Philippine Alliance of Human Rights Advocates

Mögliche Präsidenten

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Social Weather Stations* (SWS) sind folgende Personen die beliebtesten Kandidat/innen für den Präsidentschaftsposten bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in 2010:

Noli de Castro	31 %
Loren Legrada	26 %
Manny Villar	25 %
Panfilo Lacson	16 %
Francis Escudero	14 %
Mar Roxas	13 %
Joseph Estrada	11 %
Francis Pangilinan	2 %
Weiss nicht	15 %
Keiner	8 %

vgl. SWS 19.8.08

Umstrittenes Gesetz zur reproduktiven Gesundheit

Gegenwärtig führt der Gesetzesentwurf zur reproduktiven Gesundheit zu heißen Debatten zwischen Gegnern und Verfechtern dieses Gesetzes. Das House Bill 16 on *Reproductive Health, Responsible Parenthood and Population Development* (kurz RH Bill) hat das Ziel, Informationen über und den Zugang zu natürlichen und modernen Familienplanungsmethoden zu gewähren und voranzutreiben. Das Gesetz fordert eine »unterstützende Umwelt, in der Frauen und Pärchen die Möglichkeit und die Freiheit einer informierten Wahl haben, welche Familienplanungsmethoden sie gemäß ihren Bedürfnissen, persönlichen Überzeugungen und ihrem religiösen Glauben für sich in Anspruch nehmen wollen«. Mit dem Gesetz soll die Armut gesenkt und die Mütter- und Kindersterblichkeit begrenzt werden.

Das Gesetz umfasst u.a. folgende Punkte: (1) Information und Zugang zu natürlichen und modernen Kontrazeptiva, (2) Gesundheit und Ernährung von Müttern,

Kleinkinder und Kindern, (3) Förderung des Stillens, (4) Verhinderung von Abtreibungen und Umgang mit Komplikationen nach der Abtreibung, (6) Prävention and Umgang mit übertragbaren Geschlechtskrankheiten (7) Eliminierung der Gewalt gegen Frauen, (10) die männliche Beteiligung bei Fragen der reproduktiven Gesundheit, und (12) Schulunterricht über reproduktive Gesundheit für Jugendliche.

Da der Gesetzesentwurf Kontrazeptiva als »notwendige Medikamente« bezeichnet und zudem die ideale Kinderzahl bei zwei Kindern pro Familie sieht, trifft er auf massiven Protest seitens der katholischen Kirche, die das Gesetz als »abtreibungsfördernd, lebensverachtend und unmoralisch« bezeichnet hat. Philippinische Vertreter der katholischen Kirche haben angekündigt, alles zu tun, um eine Verabschiedung des Gesetzes durch das Repräsentantenhaus zu verhindern.

vgl. Pdi 3.8.08; IPPF 15.8.08; catholic-newsagency 11.9.08, ANC News 9.9.08

Fähre gesunken – über 800 Tote

Am 16. Juni 2008 kenterte die Fähre *Princess of the Stars* des Betreibers *Sulpicio Lines*. Bei dem Unglück kamen über 800 Menschen ums Leben. An Bord befanden sich auch hochgefährliche Pestizide der Firma *Bayer*. Der Transport von gefährlichen Agrochemikalien auf Fährschiffen ist in den Philippinen untersagt. Die Behörden befürchten in Folge des Unglückes eine großflächige Meeresverseuchung.

Eine Untersuchung soll nun ermitteln inwieweit *Sulpicio Lines* für die Katastrophe zur Verantwortung gezogen werden kann. Die Fähre war trotz einer Unwetterwarnung des nationalen Wetterdienstes PAGASA ausgelaufen und in Typhoon »Frank« geraten. *Sulpicio Lines* beschuldigt nun PAGASA einen fal-

schen Wetterbericht herausgegeben und so das Unglück verursacht zu haben.

In den letzten 20 Jahren sind allein vier Fähren von *Sulpicio Lines* gesunken. Das größte Unglück ereignete sich 1987, als die Fähre *Dona Paz* mit einem Öltanker kollidierte. 4000 Menschen kamen damals ums Leben. Die Verantwortlichkeit für das Unglück ist bis heute nicht geklärt. Ebenso ist die aktuelle Untersuchung gegen *Sulpicio Lines* bisher zu keinem Ergebnis gekommen. Die Versicherung von *Sulpicio Lines* sieht für die Entschädigung der Familien der Opfer je 200.000 Pesos (ca. 3050 Euro) vor.

vgl. Newsbreak, 29.6.08, PDI, 26.6.08, ABS CBN 2.9.08